



Rat der
Europäischen Union

Luxemburg, den 25. Juni 2018
(OR. en)

10027/18

COAFR 160
MOG 38
MAMA 94
CFSP/PESC 596
CSDP/PSDC 359
COHAFA 46
COHOM 87

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Horn von Afrika/Rotes Meer
	– Schlussfolgerungen des Rates (25. Juni 2018)

Die Delegationen erhalten anbei die auf der 3628. Tagung des Rates vom 25. Juni 2018 angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zum Horn von Afrika/Roten Meer.

Schlussfolgerungen des Rates zum Horn von Afrika/Roten Meer**[Rotes Meer]**

1. Die Küstenregionen zu beiden Seiten des Roten Meeres spielen in geopolitischer und strategischer Hinsicht inzwischen eine zentrale Rolle für den Welthandel, das regionale Wirtschaftswachstum und die Gesamtstabilität der Region. Die jüngsten Entwicklungen in der gesamten Region haben die das Rote Meer überspannenden Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten deutlich werden lassen und aufgezeigt, dass es ebenso dringlich wie zweckmäßig ist, an alte Beziehungen anzuknüpfen und eine Gemeinschaft gemeinsamer Interessen, des Handels, der Investitionen und der Sicherheit aufzubauen. Die Europäische Union (EU) ist bereit, gemeinsam mit allen maßgeblichen Akteuren für ein solches Unterfangen einzutreten.
2. Die Stabilität am Horn von Afrika und die Freiheit der Schifffahrt vom Indischen Ozean über das Rote Meer bis zum Mittelmeer, die beide für Europa von entscheidender Bedeutung sind, werden durch die Entwicklungen in der Region des Roten Meeres gefährdet. Das Streben nach Einfluss und strategisch wichtigen Gütern stellt in Verbindung mit der zunehmenden Militarisierung der Küstenregion des Roten Meeres eine immer stärkere Bedrohung innerhalb der Region dar, die auch weltweit Auswirkungen haben kann. Der Konflikt im Jemen verschärft die regionalen Spannungen und bedroht die Sicherheit seiner Nachbarländer, was dramatische humanitäre Folgen hat und zu weiteren Vertreibungen von Menschen sowohl innerhalb des Landes als auch in der gesamten Region führen könnte. In Verbindung mit der anhaltenden Krise in der Golfregion kann sich diese Situation unmittelbar auf die Sicherheitslage und die langfristige Stabilität am Roten Meer und in der umliegenden Region auswirken.

3. Nicht mehr Wettbewerb, sondern mehr Zusammenarbeit kämen dem Frieden, der Sicherheit und der Entwicklung in der gesamten Region zugute. In zahlreichen Bereichen wie wirtschaftlichen Integration und Schaffung von Frieden und Sicherheit in der Region werden Fortschritte dadurch behindert, dass kein organisiertes und inklusives Forum für den Dialog und die Zusammenarbeit in der Region um das Rote Meer existiert. Die Bedeutung der Schifffahrtsroute Rotes Meer, der Übertragungseffekt der Golfkrise und der Konflikt im Jemen sowie die anhaltende Fragilität der Lage am Horn von Afrika verdeutlichen die Notwendigkeit eines solchen Forums. Europa tritt seit Langem für Wohlstand und Stabilität in der Region ein und tätigt entsprechende Investitionen, und vor diesem Hintergrund empfehlen wir dringend die Einrichtung eines solchen Forums.
4. Die EU wird ihre Kontakte mit allen Ländern in der Region des Roten Meeres sowie mit anderen maßgeblichen regionalen und internationalen Akteuren intensivieren, um den Dialog anzuregen und negativen Einflüssen auf die regionale Stabilität entgegenzuwirken. Zu den möglichen Aktionsbereichen gehören Konfliktverhütung, maritime Sicherheit, Umweltschutz, interregionaler Handel, Infrastruktur- und Hafenentwicklung, Förderung der blauen Wirtschaft, Ernährungssicherheit, Mobilität der Menschen in der gesamten Region des Roten Meeres und Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Bekämpfung von Terrorismus, Warenschmuggel und Menschenhandel sowie den zunehmenden globalen Auswirkungen der organisierten Kriminalität und des gewaltsamen Extremismus. Grundlagen für die Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Sicherheit bilden die EU-Strategie für maritime Sicherheit und der dazugehörige Aktionsplan, die aus dem integrierten Ansatz der EU zur Bewältigung von Konflikten und Krisen am Horn von Afrika gewonnenen Erfahrungen sowie die Arbeiten der Operation Atalanta, der EUCAP Somalia und der Kontaktgruppe für Seeräuberei vor der Küste Somalias, mit denen ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Seeräuberei geleistet wurde.

[Horn von Afrika]

5. Das Horn von Afrika hat geopolitisch und wirtschaftlich an Bedeutung gewonnen, was für die Länder der Region und ihre Partner neue Chancen eröffnet hat. In den vergangenen zehn Jahren hat die EU erhebliche Anstrengungen unternommen – durch politischen Dialog, aktives Engagement, Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und gezielte Entwicklungszusammenarbeit –, um Frieden, Stabilität, nachhaltiges und integratives Wachstum und Wohlstand am gesamten Horn von Afrika zu unterstützen und zu stärken. Die EU wird weiterhin unter Einsatz aller verfügbaren Instrumente auf eine Stärkung der inter- und intraregionalen Zusammenarbeit mit den Partnern in der gesamten Region hinarbeiten.
6. Die EU ist tief besorgt über das Ausmaß der humanitären Krise am Horn von Afrika, insbesondere was die Ernährungssicherheit, die Sicherung des Lebensunterhalts und den Zugang zu Wasser betrifft, und das in einer Region, die unter häufigen Naturkatastrophen, Klimawandel, großen Konflikten und massiver Flucht und Vertreibung zu leiden hat. Als wichtigster Geber von humanitärer Hilfe wird die EU weiterhin die Millionen gefährdeter Menschen im Hinblick auf die Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit unterstützen. Die EU ruft die zuständigen Regierungen auf, die lebenserhaltende Hilfe und Schutzdienste aufzustocken und auf die Problematik sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt einzugehen, wobei besonderes Augenmerk auf die vier Millionen Flüchtlinge, die zehn Millionen Binnenvertriebenen, ihre Aufnahmegemeinschaften, Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen zu richten ist.
7. Im Mittelpunkt der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU steht der Aufbau regionaler Kapazitäten zur Förderung von Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Die EU unterstützt seit Langem die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD) und deren Anspruch, der stärkste Motor für Frieden, Wohlstand und regionale Integration zu sein. Die EU wird weiterhin mit den Führungsspitzen der IGAD in deren Bestreben zusammenarbeiten, die Strukturen und Zusammensetzung der Behörde sowie ihre Prioritäten und ihr Mandat neu zu definieren, um sie zu einem wirksamen Instrument zu machen, das zu einer gemeinsamen Reaktion auf die neuen globalen Herausforderungen für die Region in der Lage ist.

8. Die EU appelliert an alle internationalen Partner, insbesondere die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und die Liga der Arabischen Staaten, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Stabilität und Wohlstand in der gesamten Region zu stärken. Die EU unterstreicht die Bedeutung einer engen internationalen und regionalen Koordinierung, insbesondere durch die Arbeit des EU-Sonderbeauftragten für das Horn von Afrika, im Hinblick auf eine Optimierung der Ergebnisse.
9. Die Zukunft der Region hängt ab von dem Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, zu Demokratie, verantwortungsvoller Staatsführung und zu Stabilität und Sicherheit für alle Menschen sowie zu inklusivem und nachhaltigem Wachstum und wirtschaftlicher Integration auf regionaler Ebene. Dies sind die Grundsätze, von denen sich die EU in ihren Beziehungen zum Horn von Afrika leiten lässt. Diesbezüglich würdigt die EU die jüngsten konkreten Schritte der äthiopischen Führung in Richtung auf mehr Inklusivität, größere politische Freiheit und Reformen, und sie ist bereit, kontinuierliche Anstrengungen zu unterstützen. Die EU begrüßt auch die wichtigen Maßnahmen in Kenia und ermutigt beide Länder, in der Entschlossenheit, ihre innerstaatlichen Herausforderungen zu bewältigen, weiter auf die Einhaltung dieser Grundsätze – auch in Bezug auf die Wahlreform – hinzuarbeiten. Beide Nationen erfüllen die Grundvoraussetzungen für eine dynamische Zukunft, die Maßstäbe für die gesamte Region setzen kann. Die EU ersucht alle Länder der Region, diese Erfahrungen in ihre verfassungsrechtlichen Verfahren, Wahlprozesse und Stabilisierungsmaßnahmen einfließen zu lassen und ihre internen Streitigkeiten beizulegen. Die EU unterstreicht die Bedeutung einer nachhaltigen und inklusiven Friedenregelung, die Sicherheit garantiert und das Leiden der Menschen im Südsudan beendet, und sie wird in diesem Zusammenhang die Kontakte mit den südsudanesischen Behörden und der IGAD – unter anderem über das Forum auf hoher Ebene zur Neubelebung des Friedensabkommens – aufrechterhalten.

10. In Somalia, das lange als das Epizentrum der Instabilität am Horn von Afrika galt, zeichnen sich bedeutsame Veränderungen ab. Zu verdanken ist dies den jüngsten Anstrengungen der Bundesregierung von Somalia und der Bundesstaaten, die erstmals seit Februar 2018 im Juni wieder eine Tagung des nationalen Sicherheitsrates einberufen haben, sowie der entscheidenden Rolle der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) bei der Schaffung eines Raums der Sicherheit. Die EU hat einen bedeutenden Beitrag zur Überwindung des langjährigen Konflikts in Somalia geleistet und ist entschlossen, ihr starkes Engagement aufrechtzuerhalten. Eine weitere Stärkung der Eigenverantwortung Somalias ist entscheidend für die Fortsetzung dieser positiven Entwicklungen sowohl auf Bundes- als auch auf regionaler Ebene. Die internationale Gemeinschaft beabsichtigt, am 16./17. Juli 2018 in Brüssel ein Treffen des Partnerschaftsforums Somalia zu veranstalten. Damit wird den Vereinbarungen entsprochen, die anlässlich der Londoner Somalia-Konferenz vom Mai 2017 und des Treffens des Partnerschaftsforums Somalia in Mogadischu vom Dezember 2017 getroffen wurden. Dieses Treffen des Partnerschaftsforums wird Gelegenheit bieten, die Fortschritte Somalias aufzuzeigen, Prioritäten für die Zukunft zu setzen und politische Reformzusagen zu treffen, etwa in Bezug auf die Verfassungsreform, die Durchführung von Wahlen nach dem Grundsatz "Eine Person, ein Stimme" 2020/2021 und den Prozess der nationalen Aussöhnung sowie die Konjunkturbelebung, die Reform des Sicherheitssektors und die humanitäre Hilfe. Die EU begrüßt das Ergebnis des Rundtischgesprächs hoher Beamter, das im Rahmen der Frühjahrstagungen der Weltbank vom April 2018 geführt wurde; dabei wurde der Weg bereitet für eine Normalisierung der Beziehungen zu internationalen Finanzinstitutionen im Hinblick auf den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten und letztendlich eine Entschuldung. Die EU befürwortet nachdrücklich einen progressiven und an Bedingungen geknüpften Übergangsplan für die Übertragung von Sicherheitszuständigkeiten von der AMISOM auf die somalischen Sicherheitskräfte in Verbindung mit einem klaren Zeitplan und einer nachhaltigen Finanzierung der AMISOM. Die EU appelliert an alle Partnerländer Somalias in Afrika – insbesondere an die Länder, die Kontingente für die AMISOM bereitstellen –, im gesamten Nahen Osten und darüber hinaus, Somalia in umfassender, transparenter und koordinierter Weise in seinen Bemühungen zu unterstützen, zum Wohl aller Menschen in Somalia das Land wieder aufzubauen und seine Sicherheit zu stärken.

11. In diesem neuen geopolitischen Kontext ist die Beilegung der seit Langem bestehenden Differenzen zwischen Äthiopien und Eritrea für die Gesamtstabilität und die Entwicklung am gesamten Horn von Afrika von entscheidender Bedeutung. Die EU begrüßt, dass die Regierungskoalition in Äthiopien unlängst ihre Absicht bekundet hat, das Abkommen von Algier und den Beschluss der Grenzkommision in vollem Umfang umzusetzen, und dass Eritrea beschlossen hat, eine Delegation nach Addis Abeba zu entsenden, und sie appelliert an alle betroffenen Parteien, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten. Als Zeugin des Friedensabkommens von Algier ist die EU bereit, Äthiopien und Eritrea auf ihrem Weg zur Aussöhnung zu unterstützen.
12. Der Nil ist von politischer, wirtschaftlicher und historischer Bedeutung für die Region. Seine Gewässer sind für die elf Anrainerstaaten eine Quelle gemeinsamen Wohlstands. Ohne Zusammenarbeit und Koordinierung könnte der Wettbewerb um die Nutzung des Flusses jedoch die Spannungen in der Region erhöhen. Vor dem Hintergrund des starken Bevölkerungswachstums in der Region und der Folgen des Klimawandels begrüßt die EU die laufenden Bemühungen der Länder um einen Dialog darüber, welche die bestmöglichen Formen der Zusammenarbeit sind und wie Einvernehmen über Fragen von gemeinsamem Interesse erzielt werden kann. Die EU begrüßt auch die laufenden trilateralen Gespräche zwischen Ägypten, Äthiopien und Sudan über die Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre. Sie ist bereit, auf Ersuchen aller Parteien Unterstützung im Hinblick auf eine verstärkte Zusammenarbeit in den Nil betreffenden Angelegenheiten zu leisten.
-